

**Rede des Parlamentspräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen, Herrn Karl-Heinz Lambertz
anlässlich der öffentlichen Hauptversammlung des Landkreistages
Rheinland-Pfalz - Bad Dürkheim - 26.11.2015**

„Kreise in europäischen Reformprozessen stärken“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Landtags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zuerst mit einer doppelten, ja einer dreifachen Entschuldigung beginnen. Erstens dafür, dass ich eine Viertelstunde zu spät gekommen bin. Die europäische Vielfalt kommt auch bei der Pünktlichkeit zum Ausdruck: Wenn man in Spanien eine Viertelstunde zu spät kommt, ist man zu früh, wenn man in Brüssel eine Viertelstunde zu spät kommt, ist man genau pünktlich, und in Deutschland sind zwei Minuten Verspätung schon unhöflich. Zweite Entschuldigung: Sie müssen heute mit mir anstelle des Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR) oder seines Generalsekretärs vorlieb nehmen, weil beide zurzeit für den AdR an dem informellen europäischen Ministerrat zur Regionalpolitik teilnehmen und dort die Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften verteidigen. Jetzt weiß ich nicht, was angenehmer ist: Hier in Erwartung des geselligen Abends – den man schon im Vorhinein hoch gelobt hat – reden zu dürfen oder an einer informellen Ratsrunde mit 28 Ministern, die sich gegenseitig beglückwünschen, als Beobachter teilzunehmen. Nach meiner Rückkehr werde ich darüber in Brüssel mit dem Präsidenten und dem Generalsekretär austauschen. Wir werden dann sehen, wer für heute die bessere Karte gezogen hat. Letzte Entschuldigung: Ich werde hier über Europa reden. Wenn man das heute irgendwo macht, wird man meist schon schief angeschaut und steht direkt in einer defensiven Position. Nach einem Vierteljahrhundert politischer Erfahrung habe ich damit leben gelernt, schief angeschaut zu werden und mich in einer defensiven Position zu befinden. Das macht mir eigentlich nicht mehr sehr viel aus. Ich werde aber trotzdem versuchen, Ihnen etwas Positives über Europa zu sagen, auch wenn das nicht so ganz einfach ist.

Die Thematik „Kreise in europäischen Reformprozessen stärken“ ist schon ein ganzes Programm. Dazu passte durchaus eben das Bohrgeräusch im Nebenraum, denn es ist sehr schwierig, das Durchbohren derart dicker Bretter oder Mauern hinzukriegen. Von alleine geschieht da gar nichts. Wenn man das Thema auseinander nimmt, hat man mit sehr komplexen und darüber hinaus untereinander verbundenen Bestandteilen zu tun. Europa reformieren und die Kreise stärken: wie bekommt man das auf die Reihe? Ich werde versuchen, diesen Spagat hinzubekommen, indem ich Ihnen über zwei Dinge etwas sage: Erstens über Europa und seine Reformbedürftigkeit sowie zweitens über die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, wenn es darum geht, dieses Europa weiterzuentwickeln, und den Mehrwert Europas für diese Gebietskörperschaften deutlich zu machen. Europa hat vor einigen Jahren zurecht den Friedensnobelpreis bekommen, aber die Zeremonie in Oslo – die Sie vielleicht an Ihren Fernsehapparaten miterlebt haben – war schon Ausdruck einer typisch europäischen Problematik: Wer durfte dahin fahren, um diesen Preis entgegenzunehmen, und wer durfte dort das Wort ergreifen? Das war eine höchst diplomatische Fragestellung. Trotz

aller Reformen fehlen der EU ein eindeutiges Gesicht und eine klare Identifizierung von Verantwortlichkeiten. Von den drei EU-Vertretern hat sich Martin Schulz am geschicktesten verhalten. Er hat die beiden anderen reden lassen, in die Kameras gelächelt und den schönen Friedensnobelpreis der Weltbevölkerung entgegeng gehalten. Das ist wahrscheinlich das, woran sich die meisten Zuschauer erinnern können. Wie dem auch sei. Diese Vergabe war berechtigt, denn Europa ist aus meiner Sicht ohne jeden Zweifel eine der größten politischen Leistungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges sind zu gewissen Zeitpunkten Dinge aufgebaut und beschlossen worden, derer Konsequenzen man sich nicht immer so ganz bewusst war und die man andernfalls wahrscheinlich ganz anders entschieden hätte. Das geschieht übrigens immer wieder in vielen Politikbereichen. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei aktuelle Beispiele zitieren. In der Flüchtlingsproblematik gibt es solche Positionierungen, bei der Deutschen Einheit gab es die auch und bei der Euro-Einführung sicherlich ebenfalls. Dennoch glaube ich, dass in diesen drei europarelevanten Fällen die Grundrichtung stimmt, aber man muss mit dem, was losgetreten wurde, dann auch klarkommen und fertig werden. Dazu gehört manchmal sehr viel politischer Mut.

Wenn Europa zum Ende des alten und zum Beginn des neuen Jahrhunderts für viele Menschen mit der Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verbunden war, so flößt es heute zunehmend Angst ein und dient vielen als ideales Feindbild. Alles, was in Europa nicht funktioniert, wird Brüssel zugeschrieben. Auch auf der belgischen Ebene ist zurzeit einiges in Brüssel los, aber so schlimm, wie es manchmal gewisse deutsche Medien darstellen oder gewisse deutsche Politiker kommentieren, ist Brüssel nun wirklich nicht, auch wenn es dort einiges zu verbessern gibt. Ich lege großen Wert darauf, aus einem Land zu kommen, dessen Hauptstadt einigermaßen normal funktioniert, wo keineswegs allgemeines Chaos herrscht und wo nur noch Terroristen unbeobachtet herumlaufen. Der Paradigmenwechsel von Hoffnung zu Angst, den Martin Schulz 2012 bei seiner ersten Wahl zum Europaparlamentspräsidenten angesprochen hat, ist in der Tat sehr bedenklich und birgt eine reale Gefahr für den Fortbestand der EU in sich. Deshalb ist akuter Handlungsbedarf angesagt.

Aber ich bin auch fest davon überzeugt, dass es zur europäischen Integration keine – oder zumindest keine wünschenswerte – Alternative gibt. Das mit dem „alternativlos“ hat ja in Deutschland eine ganz besondere Geschichte, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen will. Wie dem auch sei: Insbesondere aus der Sicht der Gebietskörperschaften gibt es keine wünschenswerte Alternative zur Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses. Wer glaubt, wir könnten unsere Zukunft besser gestalten, indem wir uns alle wieder in Richtung nationaler und nationalistischer Perspektiven zurückbewegen, der begeht einen fatalen Irrtum und hat von dem, was in dieser Welt los ist, eigentlich überhaupt nichts verstanden.

Es genügt, sich einmal die Weltkarte auf den Tisch zu legen und sie anzuschauen. Dabei lässt sich leicht feststellen, dass Europa einer der kleinsten Kontinente ist und außerdem die größte Dichte an Grenzen aufweist. Wenn man sich mit der Geschichte dieser Grenzen beschäftigt, stellt man ebenfalls fest, dass es sich oft um konflikthaltige Wunden der Vergangenheit handelt. Wenn wir diese Wunden in Nahtstellen umwandeln wollen, müssen wir die europäische Integration zielstrebig vorantreiben, uns weltweit aufstellen, Kompatibilitäten schaffen und das Subsidiaritätsprinzip richtig anwenden, was uns dann auch zu den vorhin angesprochenen Themen der Tierkörperbeseitigung und des Einlagenschutzes führt.

Damit sind wir an dem springenden Punkt angelangt: wir brauchen mehr Europa, aber ein Europa, das sich in wesentlichen Punkten anders darstellt als das, was wir heute erleben. Dazu wurden bereits viele Bücher geschrieben, dazu wird auch sehr häufig diskutiert und dazu möchte ich Ihnen einige Dinge in Erinnerung rufen, die für die Arbeit der Gebietskörperschaften von besonderer Bedeutung sind.

Europa ist ein Riese beim Reglementieren von Details und ein Zwerg beim Bewältigen großer weltpolitischer Herausforderungen. Nun ist es so, dass auch der kleinste Zwerg einen langen Schatten wirft, wenn die Sonne tief genug steht. Aber das kann nicht unser Weg in die europäische Zukunft sein. Hier liegt der Hund begraben und hier finden wir auch den richtigen Ansatz für notwendige Veränderungen, die zu Recht von den Gebietskörperschaften eingefordert werden. Wenn wir das Subsidiaritätsprinzip richtig anwenden, werden wir von selbst darauf kommen, dass viele Dinge, die Europa heute regelt, besser auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene gestaltet werden können, und wir werden auch darauf kommen, dass wir gewisse Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagern müssen. Auch wenn ich weiß, dass ich damit etwas provoziere, zitiere ich in diesem Zusammenhang ganz bewusst die Verteidigungsausgaben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit einer gemeinsamen europäischen Armee sehr viel wirkungsvoller und weltpolitisch sehr viel effizienter aktiv wären, ohne in der Summe mehr Geld auszugeben. Aber es stimmt auch, dass dies insbesondere in Deutschland kein ganz einfaches und ein durchaus kontroverses Thema ist.

Eine weitere Schiefelage mit sehr konkreten Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ergibt sich aus der Diskrepanz zwischen einerseits den Rechtsgrundlagen für den Wettbewerb und den gemeinsamen Markt, die sehr detailliert und im Ansatz richtig sind, und andererseits den Rechtsgrundlagen für das, was man in Deutschland so schön mit dem nur schwer in andere Sprachen zu übersetzenden Begriff der Daseinsvorsorge beschreibt. Deshalb spricht man in Europa von Dienstleistungen allgemeinen Interesses. Diese Schiefelage ist übrigens zumindest teilweise von Vertretern deutscher Gebietskörperschaften selbstverschuldet, weil man die Europäische Union aus der Daseinsvorsorge heraushalten wollte, um ein nicht zu Unrecht befürchtetes Herunterschrauben von Standards zu verhindern. Dabei hat man jedoch übersehen, dass die Wettbewerbsbestimmungen sehr hartes europäisches Recht sind und dazu führen, dass alle besonderen Handlungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften als Träger von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie etwa die Stadtwerke oder die Tierkörperbeseitigungsgesellschaften – als Ausnahmen zum geltenden europäischen Beihilfe- oder Wettbewerbsrecht erkämpft werden müssen. Meines Erachtens brauchen wir für die Daseinsvorsorge im europäischen Recht eine ähnlich starke und solide Rechtsgrundlage, wie sie für den Wettbewerb bereits besteht. Zurzeit muss jeder Millimeter an Handlungsspielraum für Daseinsvorsorgemodelle von den Vertretern der öffentlichen Hände defensiv gerechtfertigt und als Ausnahme zu irgendeiner Wettbewerbsbestimmung erkämpft werden. Wer sich immer nur verteidigen muss, der verliert am Ende, selbst bei einem Ping-Pong-Spiel. Das ist eine sehr wichtige Erkenntnis und deshalb glaube ich, dass wir im Europarecht dringend eine solide Rechtsgrundlage für die Handlungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften im Bereich der Daseinsvorsorge brauchen, die regional sehr unterschiedlich gewachsene Traditionen stärkt und nicht dauernd in Bedrängnis bringt.

Ein schönes Beispiel liefern in diesem Zusammenhang die deutschen Sparkassen- oder das deutsche Rundfunkmodell. Als Kreise kennen sie das deutsche Sparkassenmodell besonders gut. Dieses Modell ist aus meiner Sicht ein sogar weltweit interessantes Erfolgsmodell für den vernünftigen Umgang mit der Bankenfunktion. Die EU-Kommission hat dieses Modell in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, bedrängt und in

Schwierigkeiten gebracht. In Brüssel treffe ich regelmäßig den Cheflobbyisten der deutschen Sparkassen. Als ich diesem vor einiger Zeit den Vorschlag unterbreitet habe, der EU ein Experimentiermodell für grenzüberschreitendes Handeln der Sparkassen vorzuschlagen, hat er mit großer Skepsis reagiert und die Befürchtung geäußert, dass ein solcher Vorschlag zu neuen Angriffen der Kommission auf das erfolgreiche Funktionsmodell der Sparkassen führen könnte. Um derlei zu verhindern, brauchen wir eine solide Grundlage im europäischen Primärrecht, die zu einer Neugewichtung und zum Abbau der hier dargestellten Schieflage führt.

Ähnliches kann man auch zu den europäischen Haushaltsregeln sagen. Auf Ihrer heutigen Tagung haben Sie viel über Finanzen gesprochen. Das machen alle Gebietskörperschaften. Auch auf diesem Gebiet sind gewisse Fehlentwicklungen in Europa festzustellen, für die Deutschland eine gewisse Mitverantwortung trägt. Mit Haushaltsdefiziten und Staatsschulden muss sehr behutsam umgegangen werden. Zweifellos sind viele Staaten und – auch deutsche – Gebietskörperschaften in der Vergangenheit zu leichtfertig mit ihren Haushalten umgegangen. Aber die im Rahmen der Föderalismusreform II erfundene Schuldbremse und deren Übernahme in das europäische Haushaltsrecht führen in ihrer augenblicklichen Ausgestaltung zu einer Fehlentwicklung, weil nicht mehr zwischen Ausgaben konsumtiver und investiver Art unterschieden wird. Das Problem wird noch dadurch verhängnisvoll verschärft, dass die in naher Zukunft auch auf die kleinste Ortsgemeinde anwendbaren europäischen Haushaltsnormen das Amortisieren von Investitionsausgaben über die Lebensdauer der getätigten Investitionen verbieten und somit in Kombination mit der Schuldbremse die Investitionskapazität der Gebietskörperschaften zerstören oder zumindest erheblich einschränken. Das vollständige Anrechnen von Investitionsausgaben auf die Haushaltsjahre, in denen sie getätigt wurden, erscheint mir unsinnig und antiökonomisch. In vielen Fällen führt es zu einem Stillstand der Investitionen. Das ist eine Fehlentwicklung, für deren Korrektur sich unter anderem auch der Ausschuss der Regionen stark macht. Ein kleiner Teilerfolg in diese Richtung ist mit der Aussage des Kommissionspräsidenten zu verzeichnen, dass bei den Investitionen des Europäischen Investitionsfonds gewisse Ausgaben für die Berechnung der Defizitnorm neutralisiert werden sollen. Auch bei den Strukturfonds erleben wir immer wieder Situationen, wo wegen der Haushaltsnormen trotz des vorhandenen europäischen Geldes keine Co-Finanzierung möglich ist. Hier ist eine Grundsatzdiskussion fällig. Es müssen dringend neue Wege beschritten werden, die so neu gar nicht sind. Ich möchte ihnen einen kurzen Text vorlesen: „Aus dem Anstieg der Staatsschuldenquote jedoch die Forderung eines generellen Schuldenverbotes abzuleiten, wäre ökonomisch ähnlich unsinnig wie Privatleuten oder Unternehmen die Kreditaufnahme zu verbieten. Ein solches Verbot ginge mit Wohlfahrtsverlusten einher. Eine hohe Schuldenstandsquote kann aber in gewissem Umfang unter intergenerativen Verteilungsgesichtspunkten gerechtfertigt sein, nämlich im Zusammenhang mit öffentlichen Investitionen, die das Vermögen kommender Generationen erhöhen oder vermittelt über ihre Produktivitätseffekte künftige Erträge hinterlassen und diese somit reicher machen.“ Dieses Zitat stammt nicht von einem Kryptokommunisten, sondern aus der offiziellen Stellungnahme des deutschen Sachverständigenrates für Wirtschaft, die dieser im März 2007 zu Beginn der Beratungen über die Föderalismusreform II vorgelegt hat. Hätte man damals diesen Vorschlag befolgt und weiter die Verschuldungsgrenzen an Investitionskriterien geknüpft, dann wäre in Deutschland und auch europaweit einiges anders gelaufen. Es darf ja wohl nicht so sein, dass man in Zukunft in Deutschland die Schulen daran erkennt, dass sie die heruntergekommensten Gebäude in einer Stadt sind oder dass die deutschen Straßen demnächst den belgischen gleichen, was keinesfalls ein Kompliment für die deutschen Straßen wäre. Da gibt es eine ganze Menge zu tun und daran muss zielstrebig gearbeitet werden.

Wir werden nur dann Europa unter Berücksichtigung der von den Gebietskörperschaften verkörperten Vielfalt voranbringen können, wenn wir historisch gewachsene Modelle nicht immer alle über einen Kamm scheren und aus irgendwelchen Gründen dann versuchen, die sich daraus ergebenden Unterschiede aus der Welt zu schaffen. Das gilt sowohl für die Sparkassenmodelle als auch für die spezifischen Formen der Daseinsvorsorge. Das gilt natürlich auch für die Absicherung gewisser ehrenamtlicher Tätigkeiten, die vorhin hier im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik zitiert wurden und die für viele andere Bereiche in Deutschland und anderswo in Europa bestehen.

Kommen wir nun zu den Gebietskörperschaften und ihrer Positionierung in Europa. Einige Einfallswinkel in diese Problematik habe ich bereits angesprochen. Jetzt möchte ich zu den Gebietskörperschaften selbst noch einiges sagen, das mir wichtig erscheint, wenn wir verhindern wollen, dass Europa alles über denselben Kamm schert und dabei nicht nur die Haare ordnet, sondern auch deren Wurzeln rausreißt – für diejenigen, die noch Haare haben, ist das sehr lästig, die anderen können wahrscheinlich leichter damit leben. Europa kennt eine große Vielfalt an Gebietskörperschaften. Es ist manchmal sogar unmöglich, deren Namen korrekt in eine andere Sprache zu übersetzen. Das Paradebeispiel dafür sind Sie. Mit dem Begriff „Kreis“ kann man in vielen Staaten Europas nur sehr wenig anfangen. Er lässt sich nur schwer in die anderen Amtssprachen der EU übersetzen. Deshalb wird unter Fachleuten meistens auch der Begriff „Kreis“ ähnlich wie „Gemütlichkeit“ oder „Kindergarten“ überhaupt nicht mehr übersetzt. Die Zweigliedrigkeit der kommunalen Ebene mit ihren Kommunen und Kreisen ist eine Besonderheit der deutschen Behördenorganisation auf lokaler Ebene. Die im Kongress der Regionen und Gemeinden des Europarates erstellten Vergleichsstudien weisen dieses Modell als ein sehr erfolgreiches aus, weil es kommunale Autonomie auch da gewährleistet, wo die einzelnen Kommunen zu klein sind. In Rheinland-Pfalz gesellt sich zu diesem Strukturmerkmal noch die Besonderheit der Verbands- und Ortsgemeinden. Das versteht auch kein Mensch außerhalb Ihres Landes. Wenn Sie einen Brandenburger oder einen Bayern fragen, was eine Verbandsgemeinde ist, werden diese ebenso komisch aus der Wäsche schauen, wie wenn man Sie fragt, was ein Amt in Brandenburg oder was ein Landschaftsverband in Nordrhein-Westfalen sind. Und wer kann sich schon etwas unter dem Begriff „Städteregion“ vorstellen? Davon gibt es nur eine einzige, nämlich die Städteregion Aachen, die als Teilfusion zwischen einer kreisfreien Stadt und einem Kreis ihr Dasein fristet. Dieser Vielfalt in Deutschland steht eine ebenso große Vielfalt in anderen europäischen Staaten gegenüber, ganz unabhängig davon, ob es sich dabei um Staaten handelt, die wie etwa Frankreich, die Niederlande und Dänemark eher zentralistisch organisiert oder aber wie Österreich, die Schweiz, Belgien, Italien und Spanien eher föderalistisch oder regionalistisch geprägt sind. Wenn wir von den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften reden, dann umfasst dieser Begriff eine beeindruckende Vielfalt an Partnern. Das macht die Dinge gleichermaßen interessant und schwierig. Wenn wir fordern, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften enger an der europäischen Politikgestaltung beteiligt werden, dann heißt das auch, dass dieser Beteiligungsprozess nicht nur theoretisch auf Papier oder in einer Rede, sondern ganz konkret vor Ort stattzufinden hat. Dann muss die EU eine Brücke mit vielen Anbindungen in 28 Staaten hineinbauen, die unterschiedliche und oftmals komplexe lokale und regionale Strukturen aufweisen, wobei die Lage in Malta und Luxemburg wegen der Größe am einfachsten zu überschauen ist. Das ist eine große Herausforderung, eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit, aber oft auch ein willkommener Vorwand, um sich als europäische Institution nur mit Staaten zu beschäftigen und die innerstaatlichen Details zu ignorieren. Das greift aber zu kurz, wenn man weiß, dass ein Großteil der europäischen Gesetzgebung letztlich vor Ort auf der lokalen und regionalen Ebene umgesetzt werden muss und einen großen Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der dort tätigen Gebietskörperschaften ausübt. Deshalb

muss ein direkter Bogen zwischen der lokalen und regionalen Ebene einerseits und der europäischen Ebene andererseits gespannt werden, der nicht in den nationalen Hauptstädten endet. Das ist kompliziert, das ist sogar sehr kompliziert.

Dieser Aufgabe hat sich auch der Ausschuss der Regionen zu stellen. Dort läuft vieles zusammen und dort lassen sich nützliche Gemeinsamkeiten beim Erarbeiten von Standpunkten sowie bei der Beeinflussung von Entscheidungen entwickeln. Die Kommission muss den AdR bei allen Initiativen konsultieren, die die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften betreffen. Außerdem kann sich der AdR an den Ministerrat und das Europäische Parlament wenden. Diese Einflussmöglichkeiten müssen noch zielstrebig genutzt werden. Gerade weil die EU in einer tiefen Krise steckt, erweist es sich als ganz besonderes sinnvoll, das Bewusstsein für die Bedeutung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu stärken. Wenn die Akzeptanz Europas nicht da zustande kommt, wo die Menschen ihre Politiker noch im wörtlichen Sinne beim Kragen oder beim Schopfe packen können, dann wird Europa scheitern. Europa kann nur gelingen, wenn die Menschen vor Ort, über ihre lokale und regionale Einbindung in die Politikgestaltung, den Mehrwert europäischer Entscheidungen begreifen und akzeptieren, und wenn diese Menschen nicht nur den subjektiven Eindruck, sondern auch die effektive Möglichkeit haben, beim Zustandekommen dessen, was Europa erfindet, ein gewichtiges Wort mitzureden. Wenn diese Wechselbeziehung funktioniert, dann kommt ein vielleicht nicht sehr stabiles aber durchaus interessantes Gleichgewicht zustande zwischen dem, was man regional und lokal nach dem Subsidiaritätsprinzip gestalten kann, und dem, was in Anbetracht der weltweiten Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf europäischer Ebene zu gestalten ist.

Diese großen Aufgaben sind nur unter gewissen Voraussetzungen zu verwirklichen. Eine Voraussetzung ist natürlich die, dass man wirklich bereit ist, das Subsidiaritätsprinzip auch praktisch anzuwenden. Dazu bedarf es bestimmter Instrumente wie etwa der technokratisch anmutenden territorialen Folgenabschätzung. Bei jedem Beschluss auf europäischer Ebene muss auch geprüft werden, welches die konkreten Folgen vor Ort sein können. Dieses „territorial impact assessment“ ist eine sehr wichtige, aber auch sehr komplexe Angelegenheit, die einen wissenschaftlichen Unterbau benötigt. Aber wenn sie gut funktioniert, bekommt man präventiv einiges in den Griff, was man dann nachher nicht mehr zu korrigieren braucht. Der Ausschuss der Regionen beschäftigt sich schon seit längerem mit diesem Instrument und hat bereits einige Erfahrungen sammeln können, indem er pilotmäßig einige Initiativen im Rahmen von quick Scans durchgetestet hat. Dies geschah u.a. mit der Kreislaufwirtschaftspaketrichtlinie, die jedoch von der EU-Kommission zurückgezogen werden soll, mit der auslaufenden Verordnung zur Milchquotenregelung, von der eben hier im Zusammenhang mit der Zukunft des ländlichen Raumes die Rede war, oder aber mit der „port reception facility directive“, aus der in der deutschen Übersetzung – fast poetisch formuliert - die „Richtlinie zu Hafenauffangeinrichtungen für Schiffabfälle und Ladungsrückstände“ wird. Auch zur Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz für Gebäude ist ein territorial impact assessment durchgeführt worden, bei dem schnell deutlich wurde, dass viele lästige Hindernisse, die in praxisfernen Bestimmungen enthalten sind, dank einer sachkundigen Folgeabschätzung bereits im Vorfeld vermieden werden können.

Europäisch ist auch von Bedeutung, dass wir gewisse für die Gebietskörperschaften relevante Entwicklungen gesamtplanerisch richtig vorhersehen. Es wird viel über die großen Europäischen Netzwerke diskutiert. Zahlreiche Studien belegen, dass in Europa, genau wie anderswo in der Welt, eine massive Metropolisierung des Kontinentes stattfindet. Wenn wir verhindern wollen, dass sich in Zukunft alles auf wenige Zentren konzentriert, müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften eine

aktive Politik der polyzentrischen Metropolisierung betreiben, bei der das heute Nachmittag mehrmals angesprochene Stadt-Land Verhältnis eine zentrale Rolle spielt. Das kann nur gelingen, wenn die Arbeit vor Ort in einen europäischen Gesamtkontext eingebettet wird. Dasselbe gilt für die Kohäsionspolitik. Vor jeder neuen Planungsperiode finden viele intelligente Untersuchungen und heftige Diskussionen statt, um auf die einfache Frage antworten zu können: Wer bekommt wieviel Geld aus dem Kohäsionspotenzial? In diesem Zusammenhang gibt es immer wieder Bestrebungen, die EU-Förderungen abzuschaffen und alles national zu lassen. In der Vergangenheit hat auch die deutsche Bundesregierung diesen Standpunkt für Teilbereiche der Kohäsionspolitik schon mehrmals aktiv vertreten. Wenn es bei der letzten Verhandlungsrunde schließlich anders gelaufen ist, verdanken wir das auch dem massiven Einsatz der deutschen Bundesländer. Natürlich bedarf es klarer Prioritäten und einer regelmäßigen Überprüfung der Förderkriterien. Möglicherweise macht es auch Sinn, gewisse europäische Förderungen zurückzufahren. Wenn wir jedoch Europa insgesamt stärken wollen, muss die Kohäsionspolitik für alle Arten von Regionen wirksam und nützlich sein: sicherlich und prioritär für die schwachen Regionen, aber auch für die Übergangsregionen – das konnten wir beim letzten Mal nach einem harten Kampf durchsetzen – sowie für die starken Regionen, die ebenfalls gezielt in gewisse Projekte einzubeziehen sind, wenn wir den territorialen Zusammenhalt in Europa festigen wollen. Dieses Thema wird ganz bestimmt für die nächste Programmierungsphase 2020-2027 erneut aufgegriffen werden. Da die Mühlen in Europa nach einer eigenen Zeitrechnung mahlen, wird bereits jetzt mit den neuen Weichenstellungen begonnen. Wenn sie am Ende nicht vor großen Überraschungen stehen wollen, müssen die Gebietskörperschaften frühzeitig in den Entscheidungsfindungsprozess eingreifen.

Ganz fundamental hat die EU auch noch ein anderes Problem: Wir brauchen einen gewissen Konsens über die Zielrichtung, in die wir uns fortbewegen wollen. Das ist zurzeit nicht ganz evident. Die Flüchtlingskrise hat noch einmal sehr deutlich gemacht, wie zerbrechlich die europäische Konstruktion ist. Auch die Debatte über die im Brief des britischen Premierministers an den Präsidenten des Europäischen Rates enthaltenen Bedingungen für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union zeigt sehr deutlich, dass es große Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, wohin der Weg führen soll. Ich möchte dazu heute keine definitiven Aussagen machen. Ich bin persönlich ein entschiedener Befürworter einer intelligenten Vertiefung der europäischen Integration. Aber wir dürfen auf keinen Fall einen Weg gehen, an dessen Ende der kleinste gemeinsame Nenner als Minimalkompromiss steht. Wenn dies das Ergebnis wäre, dann ziehe ich eine EU ohne Großbritannien vor. Diese wichtige Debatte ist auch für die konkreten Rahmenbedingungen der zukünftigen Arbeit der Gebietskörperschaften von erheblicher Bedeutung.

Die jetzige Krise beinhaltet viele Aspekte: von der zaghaften und zum Teil unangepassten Reaktion auf die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise über die außenpolitische Schwäche Europas mit dem verkorksten Verhältnis zu Russland bis zur Unfähigkeit, den arabischen Frühling wirklich konkret mitzugestalten und den damit einhergehenden Kollateralfolgen für die Flüchtlingsthematik türmen sich die Schwierigkeiten auf und machen deutlich, dass wir uns in Europa nochmals besinnen und auf klare Prioritäten fokussieren müssen. Nach einem halben Jahrhundert Erfahrung mit der europäischen Integration muss eine eindeutige Weichenstellung vorgenommen und ohne Tabu neu darüber nachgedacht werden, wie die Aufgabenteilung zwischen der EU, den Staaten und den Gebietskörperschaften konkret aussehen soll. So kann eine neue europäische Dynamik entstehen, die auf jeden Fall als Konsequenz haben muss, dass die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Gebietskörperschaften – so vielfältig und unterschiedlich sie in Europa auch sein mögen – nicht beeinträchtigt sondern gestärkt und mit neuen Entwicklungsperspektiven versehen werden. Diese Thematik möchte

der Ausschuss der Regionen mit in die Debatte einbringen. Deshalb ist es wichtig, dass der AdR sich beim heutigen Ministerrat in Luxemburg zu Wort melden kann.

Ich habe bisher ganz bewusst noch nicht von den Herausforderungen gesprochen, mit denen sich die Klimakonferenz in Paris auseinandergesetzt hat und die in vielfältiger Weise auf Ebene der Gebietskörperschaften spürbar sind. Dasselbe gilt für die Flüchtlingsthematik. Die kriegsbedingten Flüchtlingswellen, mit denen wir augenblicklich zu kämpfen haben, stellen unsere Staaten vor große, aber durchaus zu bewältigende Herausforderungen, wenn man die Dinge nicht einfach nur laufen lässt, sondern solidarisch mutige Entscheidungen trifft. Wir sollten aber auch die Augen nicht davor verschließen, dass die nächsten Wellen von Armuts- und Klimaflüchtlingen im Anmarsch sind. Deren Ursachen dürften noch bedeutend schwieriger zu beseitigen sein, als dies bei den Kriegsflüchtlingen der Fall ist. Da genügt es nicht, Frieden zu stiften und gewisse Kriegstreiber zur Vernunft zu bringen. Bei Klima und Armut stehen wir vor unvergleichbar größeren Herausforderungen, mit denen sich auch die Verantwortlichen auf kommunaler und regionaler Ebene auseinandersetzen müssen. Selbst wenn sie nicht die letztlich relevanten Entscheidungsträger sind und vieles nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann, erwarten die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von ihnen Antworten und Perspektiven.

Um Europa erfolgreich weiter zu bringen, brauchen wir eine neue Europabegeisterung, auch wenn man es mit der Begeisterung nicht übertreiben soll. Man kann sich für ein Fußballspiel oder für einen schönen Abend wie den heutigen begeistern. Europabegeisterung bedeutet sicherlich nicht, dass wir alle beim Erklängen der Europahymne Hurra, Helau oder Alaaf rufen müssen. Dafür gibt es bessere Jahreszeiten. Die Menschen müssen rational und emotional davon überzeugt sein, dass Europa für ihr Leben einen Mehrwert hat und dass die Vertiefung der Zusammenarbeit mit und in Europa der richtige Weg für ihre eigene Zukunftsgestaltung und die ihrer Kinder und Enkelkinder ist. Um dies zu erreichen, müssen wir uns gründlich mit der Geschichte Europas auseinandersetzen und zwar im doppelten Sinne von „*history*“ und „*story*“. Die historischen Leistungen Europas sind beachtlich und äußerst wichtig. Deshalb müssen sie immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Wir brauchen aber auch eine Erzählung, für die man sich begeistern kann und mit der man vorwärts kommt. Vor allem brauchen wir Leute, die anpacken und sich einsetzen. Am Ende meiner Ausführung möchte ich an ein Zitat aus der europapolitischen Rede des deutschen Bundespräsidenten von Februar 2013 in Berlin erinnern. Er hat damals sehr richtig und sehr mutig gesagt: „Wir brauchen mehr Europa und mehr Europa fordert mehr Mut bei allen. Europa braucht jetzt keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“ Seien wir alle diese Gestalter!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.